

Die Architektur der postdemokratischen Kaperung: Katherina Reiche, der fossil-industrielle Komplex und die politische Ökonomie der „doppelten Drehtür“

Einleitung: Methodologische Rahmung und theoretischer Zugang

Die politische und ökonomische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist im 21. Jahrhundert zunehmend durch eine strukturelle Entgrenzung zwischen staatlichen Institutionen und privatwirtschaftlichen Machtzentren gekennzeichnet. Die systematische Untersuchung dieser Verflechtungen erfordert eine stringente analytische Trennung zwischen empirisch belegbaren biografischen und legislativen Fakten, der medialen und zivilgesellschaftlichen Kritik, wissenschaftlichen Interpretationsmodellen (wie der Demokratietheorie oder der politischen Ökonomie) sowie normativen, progressiv-linken Bewertungsperspektiven. Die vorliegende umfassende Untersuchung widmet sich der Karriere der aktuellen Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Katherina Reiche, die am 6. Mai 2025 im Kabinett von Bundeskanzler Friedrich Merz ernannt wurde.¹

Ihr beruflicher Werdegang stellt in der bundesdeutschen Geschichte ein beispielloses Phänomen dar. Während die sogenannte „Drehtürpolitik“ (Revolving Door) – der Wechsel von staatlichen Ämtern in privatwirtschaftliche Lobby- oder Exekutivfunktionen – ein bekanntes Merkmal moderner Demokratien ist, vollzieht Reiche eine „doppelte Drehtür“: Auf eine langjährige Tätigkeit in Exekutive und Legislative folgten leitende Positionen in einem kommunalen Lobbyverband und einem internationalen Energiekonzern, woraufhin sie als Ministerin in genau jenes Ressort zurückkehrte, das die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ihre vorherigen Arbeitgeber diktiert.²

Im Zentrum dieser investigativ-politischen Analyse steht die Leitfrage, in welchem Ausmaß Katherina Reiche die strukturelle Verschmelzung von Staat, Wirtschaftslobby und Konzerninteressen im deutschen Kapitalismus verkörpert und welche Implikationen dies für die soziale Gerechtigkeit, die klimapolitische Transformation und die Integrität demokratischer Institutionen besitzt. Die Analyse greift dabei auf theoretische Konzepte wie das „Regulatory Capture“ (die Kaperung von Regulierungsbehörden durch die zu regulierende Industrie) und die „Postdemokratie“ zurück, um die tieferliegenden Klassen- und Machtstrukturen offenzulegen.⁵

1. Biografie, soziale Herkunft und ideologische Formierung

Die ideologische Sozialisation politischer Akteure bildet das Fundament für ihr späteres regierungsamtliches Handeln. Katherina Birgitt Reiche wurde am 16. Juli 1973 in Luckenwalde, im damaligen Bezirk Potsdam der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), geboren.² Ihr Elternhaus war stark naturwissenschaftlich und technisch geprägt; ihre Mutter arbeitete als Chemikerin, ihr Vater als Chemie-Ingenieur.² Diese familiäre Prägung führte sie konsequent in ein Studium der Chemie, das sie nach dem Abitur 1992 an der Universität Potsdam, der Clarkson University im US-Bundesstaat New York sowie an der finnischen Universität Turku absolvierte und 1997 als Diplom-Chemikerin abschloss.²

Die Wendezeit und der Zusammenbruch des Staatssozialismus formten das politische Weltbild der jungen Generation in Ostdeutschland nachhaltig. In den frühen 1990er Jahren war im bürgerlich-konservativen Spektrum der Nachwendezeit eine nahezu kompromisslose Übernahme marktradikaler, ordoliberalen und wirtschaftsnaher Paradigmen zu beobachten. Das westdeutsche Modell des Kapitalismus wurde nicht kritisch reflektiert, sondern als alternativlose und überlegene Zivilisationsstufe adaptiert. Reiche engagierte sich bereits 1992 als Gründungsmitglied des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) an der Universität Potsdam, trat in die Junge Union (JU) ein und wurde rasch in den Landesvorstand der JU Brandenburg gewählt.²

Ihr naturwissenschaftlicher Hintergrund sollte im weiteren Verlauf ihrer Karriere eine entscheidende rhetorische und strategische Funktion erfüllen. In den komplexen Auseinandersetzungen der Energie- und Klimapolitik nutzte sie ihren Habitus als Chemikerin, um tiefgreifende politische Verteilungsfragen (etwa: Wer trägt die Kosten der Energiewende? Wer profitiert von Subventionen?) als rein „technische“ oder „naturwissenschaftliche“ Herausforderungen zu entpolitisieren. Aus einer progressiv-linken Perspektive ist dies ein klassisches Instrument technokratischer Herrschaftssicherung: Die Reduktion von Interessenkonflikten auf vermeintliche „Sachzwänge“ verschleiert die zugrundeliegenden Klasseninteressen.

Ihre frühe politische Karriere in der CDU Brandenburg war von strategischen Netzwerken und scharfen internen Machtkämpfen geprägt. Die ostdeutsche CDU diente in jener Phase häufig als Scharnier zwischen konservativem Bürgertum und aufstrebenden Wirtschaftsinteressen. Reiche positionierte sich dabei stets am wirtschaftsfreundlichen, ordoliberalen Rand der Partei und kultivierte eine strikte Abgrenzung zu sozialdemokratischen oder ökologischen Politikkonzepten.

2. Politischer Werdegang in der CDU (1998–2015): Die Formierung der Parteisoladin

Mit ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 1998 begann Reiches stetiger institutioneller Aufstieg.² Sie etablierte sich rasch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und fungierte von 2005 bis 2009 als eine der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden.² Ihre Positionierungen in dieser prägenden Phase des Parlaments waren durchgehend deckungsgleich mit dem konservativen und wirtschaftsfreundlichen Kern der Partei. So stimmte sie in gesellschaftspolitischen Fragen strikt konservativ, positionierte sich gegen die eingetragene Lebenspartnerschaft und vertrat in bioethischen Debatten (wie der Gentechnik) eine dezidiert industriefreundliche Linie.² Auch in der Energiepolitik verteidigte sie in den 2000er Jahren lange Zeit die Kernenergie, bevor die Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 die CDU-geführte Bundesregierung unter Angela Merkel zu einer strategischen Kehrtwende zwang.²

Der parteiinterne Aufstieg Reiches war nicht frei von Konflikten, die ihre Durchsetzungsfähigkeit im parteipolitischen Machtapparat belegen. Vor der Bundestagswahl 2013 kam es im brandenburgischen Landesverband zu einer harten Kampfkandidatur. Reiche setzte sich bei der Aufstellungsversammlung mit 223 zu 184 Stimmen gegen die konservative Hardlinerin Saskia Ludwig durch.⁹ Auch gegen den Kandidaten Hans-Wilhelm Dünn behauptete sie ihre Vormachtstellung in Potsdam.¹⁰

Ihre Einbindung in die Exekutive festigte ihre Nähe zu Infrastruktur- und Industrietthemen. Von 2009 bis 2013 amtierte sie als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, anschließend von 2013 bis 2015 als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI).²

Zeitraum	Amt / Funktion	Politische und institutionelle Signifikanz
1998–2015	Mitglied des Deutschen Bundestages	Aufbau eines weitreichenden Netzwerks innerhalb der parlamentarischen Gesetzgebungsmaschinerie. Verfestigung ordoliberaler Positionen. ²
2005–2009	Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion	Übernahme von Führungsverantwortung, Fraktionsdisziplinierung und strategische Steuerung von Wirtschaftsgesetzgebung. ⁸
2009–2013	Parl. Staatssekretärin (Umweltministerium)	Mitgestaltung der energiepolitischen Rahmenbedingungen während der Energiewende, jedoch mit Fokus auf

		Industrieverträglichkeit. ²
2013–2015	Parl. Staatssekretärin (Verkehrsministerium)	Zuständigkeit für kritische Infrastruktur, Privatisierungsfragen und digitale Netze. Intensive Kontakte zur Industrie. ¹¹

Wissenschaftliche Analysen der Merkel-Ära zeigen, dass in dieser Zeit der Ausbau der erneuerbaren Energien wiederholt zugunsten der Bestandsinteressen der großen Energiekonzerne (E.ON, RWE, Vattenfall, EnBW) reglementiert und durch Ausbaudeckel gebremst wurde. Reiche trug diese Politik als Teil der Regierungsspitze loyal mit. Es gab in dieser Phase keine erkennbaren Brüche in ihrer ideologischen Konstanz: Marktliberalisierung, Privatisierung von Infrastruktur und die Priorisierung der Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals gegenüber ökologischen oder sozialen Belangen blieben ihre zentralen Leitplanken.

3. Die erste Drehtür: Der Wechsel zum Verband kommunaler Unternehmen (2015–2019)

Im September 2015 vollzog Katherina Reiche jenen Schritt, der in der Politikwissenschaft als „Revolving Door“-Effekt (Drehtür-Effekt) beschrieben wird: Sie verzichtete auf ihr Bundestagsmandat und ihr Regierungsamt, um die hochdotierte Position der Hauptgeschäftsführerin beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zu übernehmen.² Dieser abrupte Seitenwechsel von der Exekutive an die Spitze eines der einflussreichsten Infrastruktur-Lobbyverbände in Deutschland löste eine weitreichende öffentliche und parlamentarische Debatte aus.

Der damalige Grünen-Abgeordnete Volker Beck stellte im Parlament die kritische Frage, ob es hinnehmbar sei, dass eine Staatssekretärin, die im Verkehrsministerium für essenzielle Infrastrukturfragen zuständig war, praktisch über Nacht an die Spitze eines Verbandes wechsele, der exakt in diesen Themenbereichen – kommunale Infrastruktur, Energie und Netze – gegenüber der Bundesregierung lobbyiert.¹² Diese Personalie illustrierte einen profunden Interessenkonflikt: Das intime Wissen über laufende Gesetzesvorhaben, geplante Verordnungen und die vertraulichen Kommunikationswege in die Ministerien wurden nahtlos in den Dienst eines Interessenverbandes gestellt.¹³

Aus einer demokratiekritischen Perspektive bewerten Nichtregierungsorganisationen wie *LobbyControl* oder *Transparency International* derartige Seitenwechsel als massive Gefährdung der Integrität des Staates. Die Gewissheit von Spitzenpolitikern, nach ihrer Amtszeit lukrative Posten in der Wirtschaft oder in Verbänden übernehmen zu können, birgt die strukturelle Gefahr der „Vorab-Korruption“ – politische Entscheidungen könnten bereits während der Amtszeit im Hinblick auf zukünftige Karriereoptionen im privaten Sektor getroffen werden.

Die Personalie Reiche war 2015 ein maßgeblicher Katalysator für die Verabschiedung des

sogenannten Karenzzeitengesetzes durch den damaligen Innenminister Thomas de Maizière (CDU).¹² Dieses Gesetz regelt seither, dass ehemalige Regierungsmitglieder beabsichtigte Tätigkeiten anzeigen müssen und ein Gremium eine Sperrfrist von in der Regel 12 Monaten, in schweren Fällen bis zu 18 Monaten, verhängen kann.¹⁴ Organisationen wie *Abgeordnetenwatch* kritisieren diese Fristen als völlig unzureichend, da exklusive politische Netzwerke und strategisches Herrschaftswissen auch nach anderthalb Jahren ihren Wert für die Wirtschaft behalten. Sie fordern, analog zu internationalen Beispielen, Karenzzeiten von mindestens drei Jahren.¹⁶

In ihrer Funktion als VKU-Hauptgeschäftsführerin von 2015 bis 2019² professionalisierte Reiche die Vertretung kommunaler Stadtwerke. Da ein Großteil der deutschen Stadtwerke existenziell vom Vertrieb fossilen Erdgases und dem Betrieb von Gasverteilnetzen abhängig ist, begann der VKU unter ihrer Ägide, vehement gegen weitreichende Dekarbonisierungspflichten zu lobbyieren. Hier wurde das Narrativ von Erdgas als „sauberer Brückentechnologie“ und die spätere Umwidmung der Infrastruktur für „grüne Gase“ und Wasserstoff als Überlebensstrategie für fossile Geschäftsmodelle politisch in Stellung gebracht.³

4. Die Konzernkarriere: Westenergie, E.ON und der fossile Akkumulationskomplex (2020–2025)

Der endgültige Übergang Reiches in die transnational agierende kapitalistische Unternehmenselite vollzog sich im Januar 2020. Sie verließ den VKU und wurde zur Vorsitzenden der Geschäftsführung der Westenergie AG berufen, der größten Tochtergesellschaft des mächtigen Energiekonzerns E.ON.² Mit diesem Schritt agierte Reiche nicht mehr nur als Repräsentantin kommunaler Interessen, sondern als exekutives Organ der privatwirtschaftlichen Shareholder-Value-Logik eines der größten europäischen Energieunternehmen.⁴

Die wirtschaftlichen Interessen des E.ON-Konzerns und seiner Töchter liegen primär im Bereich der Verteilnetze (Strom und Gas) sowie in der Kundenversorgung. Die Transformation des Energiesystems birgt für diese Konzerne das Risiko gigantischer „Stranded Assets“ (verlorener Vermögenswerte), falls fossile Gasnetze aufgrund von Klimaschutzvorgaben vorzeitig abgeschaltet werden müssten. In dieser kritischen Phase übernahm Reiche im Juni 2020 in Personalunion eine weitere strategisch entscheidende Funktion: Sie wurde von der Bundesregierung zur Vorsitzenden des neu gegründeten *Nationalen Wasserstoffrates* ernannt.² Diese Konstellation – eine amtierende Konzernchefin aus dem E.ON-Umkreis berät die Bundesregierung maßgeblich bei der Entwicklung der nationalen Wasserstoffstrategie – ist ein schlagender Beleg für das, was Demokratietheoretiker als informelle Privatisierung staatlicher Entscheidungsprozesse bezeichnen. Die von Reiche vorangetriebene Wasserstoffagenda ist aus progressiv-klimapolitischer Sicht äußerst umstritten. Studien und Umweltorganisationen argumentieren, dass das Narrativ eines flächendeckenden Einsatzes von Wasserstoff – insbesondere im Gebäudewärmesektor und im Individualverkehr – thermodynamisch ineffizient und ökonomisch irrational ist. Es dient dem fossilen Sektor vielmehr als Nebelkerze:

Indem man die Möglichkeit in Aussicht stellt, fossile Gasnetze künftig mit „grünem Wasserstoff“ zu betreiben, wird der dringende dezentrale Ausbau von Wärmepumpen und der Rückbau von Gasinfrastruktur verzögert, während gleichzeitig milliardenschwere staatliche Subventionen für die sogenannte „H2-Readiness“ abgegriffen werden.³

Reiche agierte in dieser Zeit im Epizentrum eines elitären Netzwerkes zwischen der CDU, neoliberalen Thinktanks und der Energiewirtschaft. Sie war Mitglied im Beirat der *Ludwig-Erhard-Stiftung* und leitete die Landesfachkommission Energie und Nachhaltigkeit des überaus einflussreichen nordrhein-westfälischen Landesverbandes des *Wirtschaftsrates der CDU*, in dem auch die Westenergie AG institutionell verankert ist.⁴ Diese Netzwerke dienen der ideologischen Hegemoniebildung: Hier verschmelzen Parteipolitik, Wirtschaftswissenschaften und Konzernlobbyismus zu einer geschlossenen Phalanx, die staatliche Interventionen zugunsten des Klimas abwehrt und marktkonforme, angebotsorientierte Lösungen forciert.

5. Die zweite Drehtür: Rückkehr an die Schalthebel der Macht (2025)

Der Höhepunkt dieser politökonomischen Verflechtung ereignete sich nach der Bundestagswahl 2025. Mit der Formierung einer von CDU/CSU und SPD getragenen Regierung („Schwarz-Rot“) wurde Friedrich Merz am 6. Mai 2025 zum Bundeskanzler gewählt. Am selben Tag wurde Katherina Reiche zur Bundesministerin für Wirtschaft und Energie ernannt.¹

Dieser Akt der „zweiten Drehtür“ durchbricht die bisherigen Konventionen der politischen Kultur in Deutschland. Die historische Betrachtung zeigt ähnliche, wenn auch chronologisch anders gelagerte Fälle: Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wechselte nach seiner Amtszeit zum russischen Staatskonzern Gazprom¹⁷; der ehemalige grüne Außenminister Joschka Fischer gründete eine Beratungsfirma und lobbyierte unter anderem für das Nabucco-Pipeline-Projekt; Sigmar Gabriel (SPD) übernahm nach seiner Ministerzeit gut dotierte Ämter in Aufsichtsräten der Großindustrie und bei der Deutschen Bank; und Friedrich Merz selbst war vor seiner Kanzlerschaft Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock.¹⁷

All diese Beispiele illustrieren den Wechsel von der Politik in das Kapital. Katherina Reiche jedoch vollzog den reziproken Weg: Sie trat direkt aus der Vorstandsetage eines Energiekonzerns an die Spitze jenes Ministeriums, das diesen Konzern reguliert. Die Signale, die Friedrich Merz mit dieser Ernennung an die Industrie und die Kapitalmärkte sandte, waren unmissverständlich: Das Wirtschaftsministerium fungiert nicht länger als unabhängige Regulierungsinstanz, die das Gemeinwohl gegen Partikularinteressen verteidigt, sondern als direkter Vollstrecker der ordoliberalen und fossil-industriellen Konzernagenda.

Die zivilgesellschaftlichen Reaktionen fielen verheerend aus. Innerhalb der CDU und bei wirtschaftsliberalen Medien wurde sie als „Hoffnungsträgerin“, als „CDU pur“ und als „Stimme der Sozialen Marktwirtschaft“ gefeiert, die sich klar gegen sozialdemokratische Umverteilungsfantasien abgrenze.³ Progressive Akteure, Umweltverbände und Anti-Lobby-Organisationen hingegen schlugen Alarm. Kampagnen-Netzwerke wie *Campact*

und *LobbyControl* mobilisierten zehntausende Bürger unter dem Slogan „Lobby-Ministerin stoppen: Energiewende verteidigen“.¹⁸ In einer Analyse warnte Christina Deckwirth von *LobbyControl*, Reiche fungiere als „Sprachrohr der Konzernlobby“, das Gas-Unternehmen gezielt bevorteile und die Demokratie durch eine einseitige fossile Agenda beschädige.⁴ Auch aus Teilen der Arbeitnehmer-Flügel der CDU, etwa vom CDA-Vize Christian Bäumler, kam Kritik, Reiche sei eine „Fehlbesetzung“.² Trotz ihrer Beliebtheit bei den Unternehmensverbänden dokumentierte das ZDF-Politbarometer im Mai 2026, dass Katherina Reiche mit einem Sympathiewert von -1,5 auf der Skala (+5 bis -5) die zweitunbeliebteste Politikerin Deutschlands war, nur marginal vor der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel.³

6. Analyse der Wirtschaftspolitik unter Ministerin Reiche (2025–2026)

Seit ihrem Amtsantritt hat Katherina Reiche eine Wirtschafts- und Energiepolitik implementiert, die in der kritischen Klassenanalyse als massive Umverteilung von unten nach oben und als fossiler Rollback zulasten des Klimaschutzes identifiziert werden muss.³

Energiepolitik und die Re-Fossilisierung

Ein zentrales Vorhaben Reiches war das *Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz*. Das Bundeskabinett beschloss den Neubau von Gaskraftwerken mit einer gigantischen Gesamtkapazität von 12 Gigawatt (GW).³ Die finanzielle Ausgestaltung dieses Projekts offenbart die klassische Dynamik der Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung von Risiken: Da diese Kraftwerke primär als Reserve dienen, erhalten die Betreiber eine sogenannte Bereitschaftsvergütung. Die Kosten hierfür – geschätzt auf ein bis drei Milliarden Euro jährlich ab 2031 – sollen vollständig über eine Umlage von den Stromkunden, also der Allgemeinheit, getragen werden.³ Bemerkenswert ist dabei, dass die Bundesnetzagentur im Zielszenario einer planmäßigen Energiewende nur einen Gesamtbedarf von 22,4 GW an steuerbaren Kapazitäten sieht. Die von Reiche angeführte angebliche Lücke von 36 GW basiert auf einem Negativszenario, das die Energiewende künstlich schlechtredet.³ Ein vom *Spiegel* und dem *Handelsblatt* aufgedeckter Skandal zeigte, dass Reiches Ministerium bei der Ausarbeitung des Gesetzes gezielt Argumente beim Energiekonzern EnBW anforderte, um Gaskraftwerke systematisch gegenüber umweltfreundlicheren Batteriespeichern zu bevorzugen.³

Das Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) und die „Bio-Treppe“

Noch drastischer fallen die ordnungspolitischen Eingriffe im Wärmesektor aus. Das unter der vorherigen Ampel-Regierung stark umstrittene Gebäudeenergiegesetz (GEG) wurde unter Reiche faktisch abgewickelt und durch das sogenannte *Gebäudemodernisierungsgesetz*

(GModG) ersetzt.³ Dieses Gesetz erlaubt wieder den uneingeschränkten Einbau von Gas- und Ölheizungen.³

Instrument im GModG	Funktion und klimapolitische Kritik	Konflikt mit EU-Recht (It. Stiftung Umweltenergierecht)
Abschaffung der 65%-Regel	Kippt die Pflicht, dass neue Heizungen zu 65% aus Erneuerbaren betrieben werden müssen. Sichert das Bestandsgeschäft der Gaslobby. ³	Verfehlt die in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie geforderten Mindestwerte. ¹⁹
Die „Bio-Treppe“	Wer ab 2029 fossil heizt, muss einen steigenden Anteil an Biogas (10% bis 60% in 2040) beimischen. ³	Zementiert fossile Abhängigkeit. Führt aufgrund der Verknappung von Biogas zu extremen Preissteigerungen. ³
Streichung des Betriebsverbots 2045	Heizkessel dürfen auch nach 2045 noch fossil betrieben werden. ¹⁹	Widerspricht eklatant der EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie, die einen vollständigen Ausstieg bis 2040 verlangt. ¹⁹
Grüngasquote	Ab 2028 müssen Anbieter 1% grünes Gas in Verkehr bringen. ¹⁹	Rein bilanzieller Ansatz, der den Nullemissions-Standard für Neubauten ab 2030 (in-situ emissionsfrei) unterläuft. ¹⁹

Der BUND und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisieren das Gesetz als „Geschenk an die Gaswirtschaft“ und als „klimapolitisch katastrophal“.³ Auf sozialpolitischer Ebene birgt das Gesetz eine enorme Sprengkraft: Vermieter können weiterhin billige fossile Anlagen einbauen, während die Mieter die explodierenden Betriebskosten durch steigende CO₂-Preise, Gasnetzentgelte und teure Biogasbeimischungen tragen müssen.³ Die von der Regierung eingeführte hälftige Teilung dieser Mehrkosten federt das Problem für einkommensschwache Schichten nur unzureichend ab.³

Rentenpolitik: Der Klassenkampf von oben

Dass Reiches Politik die Interessen des Kapitals über die der Lohnabhängigen Bevölkerung stellt, manifestierte sich auch in der Sozialpolitik. In einem vielbeachteten F.A.Z.-Interview im Jahr 2025 forderte die Wirtschaftsministerin eine Anhebung der Lebensarbeitszeit und monierte, die Gesellschaft könne es sich nicht leisten, dass Menschen „ein Drittel des Erwachsenenlebens in Rente verbringen“.²³ Die Tageszeitung taz subsumierte diesen Vorstoß treffend unter dem Titel

„Malochen bis zum Umfallen“.²⁴

Diese Forderungen ignorieren die fundamentale klassenspezifische Asymmetrie der Lebenserwartung: Während Vorstandsmitglieder und Akademiker eine hohe Lebenserwartung in Gesundheit genießen, scheiden Industriearbeiter, Handwerker und Pflegekräfte oft Jahre vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter physisch verschlissen aus dem Erwerbsleben aus.²⁵ Die Gewerkschaft IG Metall kündigte Proteste an, sollte die Rente auf eine bloße „Basisabsicherung“ reduziert werden.²⁶ Die von Reiche durchgesetzte Einsetzung einer Rentenkommission bis Mitte 2026 dient offenkundig der Legitimationsbeschaffung für weitere Kürzungen im System der gesetzlichen Umlagefinanzierung, um die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber zu senken.²

Der Jahreswirtschaftsbericht 2026: Unsichtbarmachung der Krise

Die ideologische Engführung der Politik unter Reiche zeigt sich auch auf der Ebene der volkswirtschaftlichen Metriken. Im Jahreswirtschaftsbericht 2026, den Reiche Ende Januar präsentierte, wurden sämtliche ökologische und soziale Indikatoren (wie Daten zu Klima, Biodiversität, Bildung sowie sozialer und finanzieller Ungleichheit), die unter ihrem grünen Vorgänger Robert Habeck in das Dokument integriert worden waren, ersatzlos gestrichen.²⁸ Fachleute kritisierten dies scharf als Rückkehr in die „Steinzeit der Wohlstandsmessung“.²⁹ Indem das Ministerium Wohlstand wieder exklusiv auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Produktivitätssteigerungen reduziert, werden die ökologischen Zerstörungskosten des Kapitalismus sowie die soziale Ungleichheit in der Regierungsstatistik unsichtbar gemacht.

7. Lobbyismus, Regulatory Capture und der postdemokratische Herrschaftsapparat

Die Amtsführung Katherina Reiches illustriert in einer für europäische Demokratien seltenen Deutlichkeit das Phänomen des *Regulatory Capture* (der regulatorischen Kaperung). Der US-amerikanische Ökonom George J. Stigler beschrieb dieses Konzept in seiner Theorie der ökonomischen Regulierung: Es tritt auf, wenn staatliche Regulierungsbehörden, die eigentlich das öffentliche Interesse schützen sollen, von den wirtschaftlichen Akteuren dominiert und instrumentalisiert werden, die sie regulieren sollen.⁵ Diese Kaperung vollzieht sich unter Reiche auf drei Ebenen: durch direkte Textübernahme, durch institutionelle Privatisierung und durch asymmetrischen Zugang.

Plagiat der Macht: Das „Zehn-Punkte-Papier“

Ein beispielloser Skandal offenbarte sich bei der Präsentation von Reiches „Zehn-Punkte-Papier zur Energiewende“. Journalistische und zivilgesellschaftliche Recherchen, unter anderem von *Campact* und dem *Tagesspiegel*, wiesen nach, dass zentrale Passagen des Papiers nahezu wörtlich aus einem gemeinsamen Lobbypapier der Energiekonzerne RWE und E.ON

abgeschrieben waren.⁴ Während der eigene Monitoring-Bericht des Wirtschaftsministeriums den unbedingten, beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien forderte, übernahm Reiche im Fazit die Diktion der Konzerne: Ausbaupfade müssten „kritisch hinterfragt“ und an „realistische Strombedarfe“ angepasst werden.⁴ Diese direkte Konvertierung von Konzernwünschen in amtliche Regierungsdokumente zeugt von der Entmachtung der demokratisch legitimierten Verwaltung.

Privatisierung von Kernaufgaben: Berater und Agenturen

Um ihren wirtschaftsliberalen Kurs pseudowissenschaftlich zu unterfüttern, berief Reiche einen wissenschaftlichen Beraterkreis ein.³³ Diesem gehören ausschließlich ordoliberalen Ökonomen wie Justus Haucap, Stefan Kolev und Veronika Grimm an.⁴ Die Konstellation birgt immense Interessenkonflikte: Grimm, Mitglied der Wirtschaftsweisen, sitzt zugleich im Aufsichtsrat von *Siemens Energy* und bezieht dafür eine Vergütung von mindestens 120.000 Euro jährlich.⁴ Gegen einen Transparenzkodex, der solche Konflikte unterbinden sollte, klagte Grimm.⁴ Haucap und Kolev sind tief in elitäre Netzwerke wie die *Mont Pelerin Society*, die *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* und die *Ludwig-Erhard-Stiftung* verstrickt, die seit Jahrzehnten für die Demontage des Sozialstaates trommeln.⁴

Flankiert wird dies durch die Auslagerung (Outsourcing) politischer Kernaufgaben an teure PR- und Lobbyagenturen. Verträge im zweistelligen Millionenbereich wurden mit *Scholz & Friends* (bekannt für wirtschaftsnahe Kampagnen der INSM) und *FGS Global* geschlossen.⁴ FGS Global gehört zur KKR-Gruppe, einem der weltweit größten Private-Equity-Fonds mit massiven Investitionen im fossilen Sektor.⁴ Die Organisation *LobbyControl* kritisierte diese Verträge als „Ausverkauf demokratischer Politik an Unternehmen“ und als Versuch Reiches, durch externe Berater den klimapolitischen Widerstand innerhalb des eigenen Beamtenapparats zu umgehen.¹⁷

Asymmetrischer Zugang: Die Isolation der Umweltbewegung

Die Kaperung des Ministeriums wird durch eine bewusste Isolationsstrategie gegenüber der Zivilgesellschaft abgesichert. Recherchen der Wochenzeitung *DIE ZEIT* belegen, dass Katherina Reiche seit ihrem Amtsantritt kein einziges Treffen auf Ministerinnenebene mit Umwelt- oder Verbraucherschutzverbänden (wie BUND, NABU, Greenpeace, Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch oder dem Verbraucherzentrale Bundesverband) abgehalten hat.⁴ Diese Verbände attestieren dem Ministerium ein „außergewöhnlich schlechtes“ Verhältnis.¹⁷ Im eklatanten Gegensatz dazu pflegt Reiche einen extrem engen, institutionalisierten Austausch – durch Kaminesgespräche, exklusive Roundtables und Werksbesuche – mit den Vorständen von EnBW, RWE, E.ON und der Leag.⁴

Internationaler Vergleich der Lobbykontrolle

Die deutsche Praxis der Drehtürpolitik erscheint im internationalen Vergleich besonders lax. Während das deutsche Karenzzeitengesetz ehemalige Minister lediglich für 12 bis 18 Monate sperrt¹⁴, gilt in Kanada ein striktes fünfjähriges Lobbyismus-Verbot für Parlamentarier, Regierungsmitglieder und hochrangige Beamte, überwacht durch einen unabhängigen „Ethics Commissioner“.¹⁶ In Frankreich überwacht die *Haute Autorité pour la transparence de la vie publique* (HATVP) Seitenwechsel sehr viel strenger, und in den USA existieren weitreichende Cooling-off-Perioden. Zwar kämpft auch die EU-Kommission mit massiven Drehtür-Skandalen (wie Analysen von Corporate Europe Observatory zeigen), doch das EU-Transparenzregister ist in Bezug auf die Deklaration finanzieller Aufwendungen für Lobbyismus (die in der EU jährlich bei mindestens 343 Millionen Euro allein durch die größten Konzerne liegen³⁸) deutlich weitreichender als das schwache deutsche Lobbyregister, das keine exakte „Fußspur“ von Gesetzesänderungen dokumentiert.³⁹

8. Medienanalyse und Diskursbewertung

Die Rezeption von Reiches Wirken in der deutschen Medienlandschaft spiegelt die Polarisierung der gesellschaftlichen Klasseninteressen exakt wider.

- **Wirtschaftsliberale und konservative Leitmedien:** Medien wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), die *Springer-Presse* (Die Welt, Bild) und das *Handelsblatt* rahmen Katherina Reiche weitgehend positiv.³ Sie wird als pragmatische „Hoffnungsträgerin“ der Union inszeniert, die den vermeintlich ideologiegetriebenen Pfad der grünen Vorgängerregierung korrigiere. Reiches drastische Forderungen zur Rentenpolitik werden in diesen Blättern als unbequeme, aber notwendige „ökonomische Wahrheit“ und als „Klartext“ verteidigt.⁴¹ Der Lobbyismus wird in diesem Diskurs normalisiert: Der enge Austausch mit Konzernen gilt nicht als demokratische Gefährdung, sondern als Ausweis von Wirtschaftskompetenz.
- **Progressiv-linke, sozialdemokratische und kritische Medien:** In Blättern wie der *taz*, der *ZEIT*, dem Magazin *Jacobin* oder im Recherche-Netzwerk *Correctiv* wird ein radikal gegenteiliges Narrativ formuliert.¹⁷ Hier dominiert der Begriff der „Lobby-Ministerin“. Diese Medien decken die Interessenkonflikte akribisch auf (wie den Skandal um das EnBW-Papier im Spiegel³) und problematisieren die fehlende Distanz zur Industrie.

Dennoch weist auch die kritische Berichterstattung häufig eine Leerstelle auf: Sie neigt zu einer starken Personalisierung. Der Fokus liegt oft auf der ethischen Verfehlung Reiches als Individuum, während die systemische, kapitalistische Logik – nämlich dass große Kapitalsammelstellen wie E.ON oder RWE unter dem Zwang der Profitakkumulation *notwendigerweise* den Staat kapern müssen, um ihre Geschäftsmodelle abzusichern – im Hintergrund bleibt.

9. Progressive Systemanalyse: Kapitalismus, Klima und Postdemokratie

Aus einer gesellschaftskritischen Perspektive darf die Karriere Katherina Reiches nicht als politischer „Betriebsunfall“ missverstanden werden. Sie ist vielmehr die perfekte Personalisierung der gegenwärtigen politökonomischen Ordnung, die der britische Soziologe Colin Crouch als „**Postdemokratie**“ beschrieben hat. In diesem Zustand funktionieren die formalen demokratischen Institutionen (Wahlen, Parlamente) zwar reibungslos weiter, die tatsächlichen politischen Entscheidungen fallen jedoch in einer exklusiven, geschlossenen Sphäre zwischen politischen Eliten und Vertretern der Wirtschaft.⁴

Der bürgerliche Staat tritt in der Ära Reiche zunehmend als „**Managerstaat**“ auf. Die Grenzen zwischen den Exekutivorganen des Staates und den Chefetagen der Großkonzerne erodieren vollständig, wenn eine amtierende Konzernchefin ohne Karenzzeit in das Ministeramt wechselt. Die Politik wird auf betriebswirtschaftliche Effizienzlogiken reduziert. Die Energiepolitik verliert dabei jeden gesellschaftlichen oder ökologischen Gestaltungswillen und wird zur reinen **Verteilungspolitik**: Die Profite aus der Energieerzeugung und den Netzmonopolen bleiben in der Hand privater Anteilseigner, während die horrenden Kosten der Transformation (wie die milliardenschweren Kapazitätzahlungen für Gaskraftwerke) dem Kollektiv der Lohnabhängigen und Verbraucher aufgebürdet werden.³

Klimapolitisch offenbart Reiches Agenda den unausweichlichen Konflikt zwischen der **kapitalistischen Profitlogik und den planetaren Grenzen**. Der fossile Komplex ist strukturell unfähig, sich aus Einsicht in den Klimawandel selbst abzuschaffen. Er nutzt seine akkumulierte ökonomische Macht, um Gesetze (wie das GModG) so lange zu verwässern, bis die Klimapolitik absolut industriekompatibel ist.³ Das Ergebnis ist eine Scheintransformation: Unter dem Deckmantel von „Technologieoffenheit“ und „Brückentechnologien“ (wie Wasserstoff oder Biogas) werden überholte fossile Infrastrukturen am Leben erhalten und die notwendige radikale Dekarbonisierung blockiert.³

10. Abschlussbewertung und Reformperspektiven

In welchem Ausmaß verkörpert Katherina Reiche die strukturelle Verschmelzung von Staat und Konzerninteressen im deutschen Kapitalismus? Die Antwort der empirischen Analyse lautet: Vollumfänglich. Katherina Reiche ist kein singulärer Sonderfall, sondern das Symptom einer tiefgreifenden Krise der demokratischen Repräsentation in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Karriere – von der ordoliberalen CDU-Politikerin über die Verbandslobbyistin beim VKU und E.ON-Konzernmanagerin bei Westenergie bis hin zur Bundeswirtschaftsministerin – belegt die Existenz einer homogenen, technokratischen Elite, die sich flexibel zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Schalthebeln bewegt, um die Hegemonie des Kapitals zu sichern.²

Ihre Amtsführung offenbart die fatalen Konsequenzen einer derartigen Nähe von Staat und Konzernen: Lobbypapiere werden zu Regierungstexten⁴, zivilgesellschaftliche Akteure werden isoliert¹⁷, der Sozialstaat wird zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit demontiert²³, und der unabdingbare Schutz des Klimas wird den bilanziellen Erfordernissen der Energieindustrie geopfert.³

Um diese Erosion der Demokratie aufzuhalten und die Diktatur der Partikularinteressen zu brechen, sind weitreichende institutionelle und systemische Reformen zwingend erforderlich, wie sie von Anti-Korruptions-Organisationen und progressiven Kräften gefordert werden:

1. **Drastische Ausweitung der Karenzzeiten:** Das deutsche System der 12- bis 18-monatigen Sperrfrist ist wirkungslos.¹⁴ Erforderlich ist eine gesetzlich fixierte, ausnahmslose Karenzzeit von mindestens drei, besser fünf Jahren für Minister und hochrangige Beamte vor einem Wechsel in die Wirtschaft, flankiert durch ein absolutes Verbot des direkten Wechsels aus Konzernvorständen in sachverwandte Ministerien.¹⁶
2. **Einführung einer legislativen und exekutiven Fußspur im Lobbyregister:** Jede Kontaktaufnahme, jedes eingereichte Positionspapier und jede Übernahme von Textbausteinen durch Lobbyisten in Gesetzesentwürfe (wie beim Zehn-Punkte-Papier) muss transparent, öffentlich zugänglich und rechtfertigungspflichtig dokumentiert werden.³⁹
3. **Verbot des Outsourcings politischer Kernaufgaben:** Die Beauftragung von profitorientierten Beratungs- und PR-Agenturen (wie FGS Global oder Scholz & Friends) mit strategischen Regierungsaufgaben muss untersagt werden, um die Unabhängigkeit der Ministerialbürokratie wiederherzustellen.¹⁷
4. **Strukturelle Demokratisierung der Energieversorgung:** Die politische Macht großer Energiekonzerne kann nur gebrochen werden, indem ihnen die ökonomische Basis entzogen wird. Kritische Infrastrukturen (Strom- und Gasnetze) sowie die Grundversorgung dürfen nicht der Shareholder-Value-Logik unterliegen, sondern müssen in öffentliche, dezentral-kommunale oder genossenschaftliche Hand überführt werden. Nur eine konsequente Orientierung am Gemeinwohl ermöglicht eine sozial gerechte und klimaresiliente Energiewende.

Der Fall Katherina Reiche ist das Lehrstück einer Epoche, in der die Marktradikalität den demokratischen Souverän entmündigt hat. Die Rückeroberung der politischen Entscheidungsgewalt aus den Händen des fossilen Komplexes ist die zentrale demokratische und ökologische Herausforderung der Gegenwart.

Referenzen

1. Katherina Reiche: Wirtschaftsministerin - Bundesregierung.de, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskabinett/katherina-reiche-2342740>
2. Katherina Reiche - Wikipedia, Zugriff am Mai 19, 2026,
https://de.wikipedia.org/wiki/Katherina_Reiche
3. Katherina Reiche: Lobby-Ministerin oder Hoffnungsträgerin?, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/katherina-reiche-lobby-gas-politix-100.html>
4. Katherina Reiche - Lobbypedia, Zugriff am Mai 19, 2026,
https://lobbypedia.de/wiki/Katherina_Reiche
5. Regulatory capture - Wikipedia, Zugriff am Mai 19, 2026,
https://en.wikipedia.org/wiki/Regulatory_capture
6. Psychedelic Lobbying and Regulatory Capture - Petrie-Flom Center, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://petrieflom.law.harvard.edu/2024/03/04/psychedelic-lobbying-and-regulatory-capture/>
7. CASE STUDY: The German car industry's regulatory capture - Mind the Gap, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.mindthegap.ngo/harmful-strategies/utilising-state-power/avoiding-regulations-through-corporate-lobbying/example-the-german-car-industrys-regulatory-capture/>
8. Katherina Reiche - Wikipedia, Zugriff am Mai 19, 2026,
https://en.wikipedia.org/wiki/Katherina_Reiche
9. Saskia Ludwig - Wikipedia, Zugriff am Mai 19, 2026,
https://de.wikipedia.org/wiki/Saskia_Ludwig
10. Brandenburg: Reiche gegen Dünn - Tagesspiegel, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/reiche-gegen-dunn-1662592.html>
11. Katherina Reiche - Bundesregierung.de, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.bundesregierung.de/breg-en/federal-cabinet/2343564-2343564>
12. De Maizière stellt Entwurf zur Karenzzeit vor - Deutscher Bundestag, Zugriff am Mai 19, 2026,
https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2015/kw06_regierungsbefragung-359290
13. Karenzzeit für Politiker: Zeit für den Übergang | taz.de, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://taz.de/Karenzzeit-fuer-Politiker/!5021583/>
14. Kurzinformation Karenzzeiten von Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretären - Deutscher Bundestag, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.bundestag.de/resource/blob/889458/ec06ebad8f03d2622b336c2f2464a450/WD-3-012-22-pdf-data.pdf>
15. Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung (Bundesministergesetz - BMinG), Zugriff am Mai 19, 2026,

- <https://www.gesetze-im-internet.de/bming/BMinG.pdf>
16. Von der Macht zum Geld – Lobbysprünge stoppen! | abgeordnetenwatch.de, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/petitionen/von-der-macht-zum-geld-jetzt-lobby-spruenge-stoppen>
 17. Lobbyministerin Reiche: Einseitige fossile Agenda beschädigt die ..., Zugriff am Mai 19, 2026, <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-und-klima/lobbyministerin-reiche-einseitige-fossile-agenda-beschaedigt-die-demokratie-125047/>
 18. Lobby-Ministerin stoppen: Energiewende verteidigen | Campact, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://www.campact.de/klima/energiewende-retten-lobby-ministerin-reiche-stoppen/>
 19. Gebäudemodernisierungsgesetz - Stiftung Umweltenergierecht, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://stiftung-umweltenergierecht.de/e-letter/newsletter-april-2026/gebaeude-modernisierungsgesetz/>
 20. Neue Weichenstellung für den Gebäudebereich - Bundeskabinett beschließt Gebäudemodernisierungsgesetz | BMW - bundeswirtschaftsministerium.de, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2026/05/20260513-gemeinsame-pressemitteilung-neue-weichenstellung-fuer-den-gebaeudebereich-bundeskabinett-beschliesst-gebaudemodernisierungsgesetz.html>
 21. KLIMASCHÄDLICH UND TEUER Kurzanalyse der Eckpunkte zum „Gebäudemodernisierungsgesetz“, Zugriff am Mai 19, 2026, https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/Eckpunkte-GEG-BUND-Bewertung-25-02-2026.pdf
 22. Update zum Gebäudemodernisierungsgesetz - Öko-Zentrum NRW, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://oekozentrum.nrw/aktuelles/detail/news/update-zum-gebaudemodernisierungsgesetz/>
 23. Katherina Reiche (CDU) im F.A.Z.-Gespräch: „Wir können nicht ein Drittel des Erwachsenenlebens in Rente verbringen“ : r/de - Reddit, Zugriff am Mai 19, 2026, https://www.reddit.com/r/de/comments/1mahjpp/katherina_reiche_cdu_im_fazgespr%C3%A4ch_wir_k%C3%B6nnen/
 24. Rentenpläne von Katherina Reiche: Malochen bis zum Umfallen | taz.de, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://taz.de/Rentenplaene-von-Katherina-Reiche/!6169755/>
 25. Rentenpaket zügig beschließen - Sozialverband Deutschland SoVD, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://www.sovd.de/aktuelles/meldung/rentenpaket-zuegig-beschliessen>
 26. Rente | taz.de, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://taz.de/Rente/!t5010325/>
 27. Rentenreform vertagt: Regierung vertraut wieder auf Kommission - Markt & Mittelstand, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://www.marktundmittelstand.de/politik/rentenkommission>

28. Jahreswirtschaftsbericht - phoenix, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.phoenix.de/jahreswirtschaftsbericht-a-5170013.html>
29. Zurück in die "Steinzeit der Wohlstandsmessung" - klimareporter°, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://klimareporter.de/deutschland/zurueck-in-die-steinzeit-der-wohlstandsmessung>
30. Die Ministerin und die Konzerne: Hat Katherina Reiche ihre Pläne von RWE und Eon abgeschrieben? - Tagesspiegel, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.tagesspiegel.de/politik/die-ministerin-und-die-konzerne-hat-katherina-reiche-ihre-plane-von-rwe-und-eon-abgeschrieben-14380568.html>
31. Katherina Reiche schreibt bei Eon und RWE ab - Compact, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.compact.de/blog/2025/09/klimabewegung-katherina-reiche-rwe-eon/>
32. Zugriff am Januar 1, 1970,
<https://www.tagesspiegel.de/politik/die-ministerin-und-die-konzerne-hat-katherina-reiche-ihre-plane-von-rwe-eon-abgeschrieben-14380568.html>
33. Prof. Dr. Haucap wurde in den Beraterkreis von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche berufen! - WiWi Fakultät, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.wiwi.hhu.de/aktuelle-meldungen/prof-dr-haucap-wurde-in-den-beraterkreis-von-bundeswirtschaftsministerin-katherina-reiche-berufen>
34. PROF. DR. VERONIKA GRIMM - CURRICULUM VITAE, Zugriff am Mai 19, 2026,
https://www.utm.de/files/2025/11/20251112_CV_Veronika_Grimm_ENG.pdf
35. Siemens Energy: Regierungsberatung muss unabhängig sein - Compact, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.compact.de/blog/2024/06/siemens-energy-im-bundestag-regierungsberatung-muss-unabhaengig-sein/>
36. Criticism of the Chemical Industry Agenda + Doubts about the, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://table.media/en/climate/professional-briefing/361-criticism-of-the-chemical-industry-agenda-doubts-about-the-redispach-provision-agriculture-in-the-climate-action-program>
37. Karenzzeit Deutschland - Lobbypedia, Zugriff am Mai 19, 2026,
https://lobbypedia.de/wiki/Karenzzeit_Deutschland
38. The EU's lobby league table | Corporate Europe Observatory, Zugriff am Mai 19, 2026, <https://corporateeurope.org/en/2025/02/eus-lobby-league-table>
39. Schriftliche Stellungnahme zur mündlichen Anhörung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung am 1. O - Deutscher Bundestag, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.bundestag.de/resource/blob/795550/Stellungnahme-LobbyControl.pdf>
40. Vorschriften über den „Drehtüreffekt“ in der EU - European Parliament, Zugriff am Mai 19, 2026,
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2024/762290/EPRS_IDA\(2024\)762290_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2024/762290/EPRS_IDA(2024)762290_DE.pdf)

41. Rentenpolitik - Mehr und länger arbeiten? Vorstoß von Wirtschaftsministerin Reiche sorgt für Unmut in der SPD - Arbeitgeberpräsident lobt "Klartext" - Deutschlandfunk, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/mehr-und-laenger-arbeiten-vorstoss-von-wirtschaftsministerin-reiche-sorgt-fuer-unmut-in-der-spd-arbe-100.html>
42. So wollen wir geheimen Lobbyismus abschaffen | abgeordnetenwatch.de, Zugriff am Mai 19, 2026,
<https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/so-wollen-wir-geheimen-lobbyismus-abschaffen>